

1. Kann der Regierungsrat bereits beurteilen, wie viele Auto-Parkplätze im 2013 gesamthaft wegfallen (ersetzt durch Baumrabatten, Veloparkplätze usw.)?
2. Wie viele waren es 2011 und 2012?
3. Wie viele Velo-, Auto-, LKW- und Car-Parkplätze gibt es momentan in Basel?
4. Gleiche Frage wie 3. Bezogen auf andere Schweizer Grossstädte am Beispiel von Zürich, Bern, Luzern, Genf und Lugano?
5. Die zum Teil gewünschte Zuwanderung führt zu mehr Wohnungsbau, welcher auch durch die Regierung gefördert wird. Dies führt gezwungenermassen zu mehr Verkehr. Um diesen auf den ÖV zu konzentrieren, müsste dieser ausgebaut werden. Ein allfälliges Herzstück wird frühestens 2030 in Betrieb genommen. Die Zuwanderung findet aber jetzt statt. In den Stosszeiten sind das Tramnetz und der Busverkehr stark belastet, um nicht zu sagen überlastet. Am Morgen zwischen 02.30 Uhr und 04.00 Uhr kommen bereits die ersten Arbeiter (z.B. Bäcker) aus dem Ausland oder den umliegenden Kantonen. Zu dieser Zeit fährt jedoch kein ÖV. Weshalb hilft der Regierungsrat bei der Behinderung des MIV und schikaniert die Roller- und Motorradfahrer, solange keine funktionierende und effiziente Alternative vorhanden ist?
6. Bei der Kreuzung Riehenstrasse/Hammerstrasse wurde monatelang toleriert, dass der Fussgängerstreifen aufgrund von Bauarbeiten und Neuteerung so gut wie unsichtbar war. Gleichzeitig sind schweizweit Diskussionen darüber im Gange, wie man Fussgängerstreifen sicherer machen kann. Wieso toleriert Basel-Stadt einen solchen Gefahrenherd? Wer ist dafür verantwortlich?
7. Wie weit sind die Verhandlungen resp. sind Planungen mit der Gemeinde Allschwil über einen direkten Zubringer zwischen Allschwil und Nord-Tangente fortgeschritten resp. sind Diskussionen im Gange?
8. Frankreich plant eine Umfahrung der stark belasteten Dörfer und Gemeinden in der direkten Agglomeration rund um Basel. Aufgrund der momentanen Strassenplanung in Basel muss davon ausgegangen werden, dass die Regierung Basel-Stadt nicht im Gespräch mit den französischen Nachbarn ist. Ist das korrekt?
9. Sollten doch Gespräche zwischen der Regierung und Frankreich stattfinden, erbitte ich eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse betreffend des französischen Strassenbauprojektes und des Anschlusses an das Schweizer Strassennetz.
10. Wann wird das nächste Gesamtverkehrsmodell vorgestellt? War dies nicht im 2012 geplant?
11. Gemäss Basler Zeitung vom 28.03.2013 sind die Fahrzeuge im Kanton BS durchschnittlich acht Jahre alt. Aussage seitens JSD in der BAZ: "Das Ziel der Steuer ist, dass Autofahrer, deren Fahrzeuge keine Euro 5 Norm aufweisen, möglichst rasch neue und ökologischere Autos kaufen". Gegen neue Fahrzeuge eingetauschte Autos und LKW werden in der Regel nach Osteuropa und Afrika exportiert und werden dort noch mehrere Jahrzehnte betrieben (meistens ohne Abgaswartung und Unterhalt). Frage: Hat die Regierung wirklich das Gefühl, dass sie ökologisch etwas Sinnvolles macht mit dieser Aktion?
12. Wurde die "Graue Energie" bei der Herstellung und "Entsorgung" der Fahrzeuge bei den regierungsrätlichen Überlegungen miteingerechnet? Wenn ja, wie ist das Ergebnis und wie wurde dieses errechnet?
13. Falls die Regierung wünscht, dass Fahrzeuge, welche nicht der Euro Norm 5 entsprechen, durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden, bitte ich die Regierung zu erklären, woher die Elektrizität für diese Fahrzeuge und die stark zunehmenden E-Velos kommen soll?

14. Sollten diese Fahrzeuge mit Biotreibstoff betrieben werden, bitte ich den Regierungsrat zu erklären, woher die Biomasse kommen soll ohne, dass auf anderen Kontinenten der Erde die Bevölkerung Hunger leiden muss, damit genügend Biotreibstoff produziert werden kann.
15. Gemäss der Beantwortung der schriftlichen Anfrage 12.5293.02 können momentan trotz Schengenvertrag (welcher ausser grossen Kosten, mehr Kriminalität und Mehrarbeit für die Behörden und weiterhin nur teilweise funktionierenden Rückübernahmen von Asylsuchenden, nichts gebracht hat) nur mit Frankreich und Deutschland Rechtshilfeersuchen ab einer bestimmten Bussenhöhe gestellt werden. Im Falle eines erfolgreichen Inkassos fließt das Bussgeld jedoch nicht nach Basel, sondern in die Kasse des Vertragsstaates. Aus diesem Grund verzichtet Basel-Stadt auf solche Rechtshilfeersuche.  
Frage: Ist die Basler Regierung bereit, sich bei geeigneten Stellen dafür einzusetzen, dass eine sehr einfache, kosten- und personalsparende Lösung (z.B. Abgabe einer gestempelten und unterschriebenen Ausländerliste an die Vertragsstaaten) gefunden wird, um die ungerechte Behandlung der in der CH wohnhaften Verkehrssündern gegenüber den im Ausland Wohnhaften zu ändern (auch wenn Basel-Stadt vorläufig daraus keinen finanziellen Vorteil hat)? Denn gemäss Art. 8 Abs. 1 der Bundesverfassung gilt: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Meiner Meinung nach verstösst Basel-Stadt mit der gängigen Praxis gegen die Bundesverfassung.

Samuel Wyss